

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Die Postanstalten und Postämter, unsere Abnehmer u. jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. Rücksendung eingekaufener Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wagenpreis: die 8-spaltige Raumeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspennier, die 2-spaltige Raumeile im täglichen Teile 1 RM. Nachmittagsbeilage 20 Reichspennier. Wochensprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 24 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkz.: Dresden 2640 Sonnabend, den 28. Januar 1933

Entscheidungen.

Geist und Ungeist. — Der Vernunft eine Gasse! — Der Reichstag wagt die Schlacht.

Nicht allein der Buchstabe ist es, der tötet, sondern nicht gerade selten versucht auch der Geist zu morden, und ganz schlimm wird es, wenn sich Buchstaben und Geist zu diesem Tun vereinen, der böse Buchstabe von einem ihm wesensgleichen Ungeist diktiert wird. Dann wird erst völlig zum stillen Unrecht, was noch so emsig in den Mantel des formalen Rechts sich einzuhüllen bemüht. Ein schwer verständliches vieldeutiges Fremdwort verdeckt böses Wollen, ganz anders geartete Absichten. Wir Deutsche haben sie zur Genüge kennengelernt, jene formalen Rechtsansprüche und Rechtsdikate, die „Reparationen“ und „Sanktionen“, die „Garantien“ und „Investigationen“ unseligen Angedenkens! Angedenkens nur! Von ihnen erhalten sich nach wie vor sorglich gehütete Trümmer, und die „Investigationen“ sollen ja sogar neu aufgebaut werden, nachdem man vor acht Jahren in Genf, noch ehe Deutschland in den Völkerbund eintrat, eifrig unter Herriots Leitung versucht hatte, dieses Unterfangen als Recht für wirkliche oder angebliche Verbrechen Deutschlands gegen die Versäßer Entwaffnungsbestimmungen zu schaffen und zu konsolidieren. Das hiesie uns noch mehr aufzulegen, als selbst die uns in Versailles ausgezungenen militärischen Kontrollkommissionen an Rechten besaßen. Denn „Investigation“ heißt Untersuchung aus eigenem Recht, also hier, wie das Präsidium der Abrüstungskonferenz in Genf wieder beschloß, Untersuchung allein aus dem internationalen Recht des Völkerbundes heraus! Die Untersuchung irgendeines, vielleicht aus anonymer Denunziantende gemeldeten angeblichen „Tatbestandes“ des Vertragsbruchs, der Verletzung irgendeiner Artigkeit zustandekommenen Abrüstungs-Invention! Eine Untersuchung durch eine vom Völkerbund beauftragte internationale Kommission, in die natürlich der beschuldigte Staat ein Mitglied nicht entsenden darf, wohl aber das in Genf antragende Land. So hat man sich's in Genf 1924 gedacht und uns zumuten wollen; so aber ähnlich beschloß es jetzt in Genf das Präsidium der Abrüstungskonferenz, die für die Abrüstung noch nicht fertig bekam, obwohl sie in den nächsten Tagen ihr — einjähriges Bestehen mehr oder minder „feiern“ kann. Italien, England, Japan und Deutschland meldeten „Generalvorbehalt“, also Proletat; Frankreich tat dies beziehungsweise nicht, hat durchaus nichts gegen das einzuwenden, was ja — französischem Kopfe entsprang.

Herr von Madrid... — in diesem Falle also Genf — ist doch wenigstens etwas davon zu spüren, daß ein besserer Geist versucht, sich aus der umhüllenden Dunkelheit vernunftwidrigster Nachkriegspolitik zum Licht der Vernunft durchzukämpfen. Das Problem der Weltkriegsschulden beginnt sich zu lockern, wenigstens insoweit, als Amerika mit denjenigen seiner Schuldnerstaaten verhandeln will, die kurz vor Weihnachten gezeigt haben, daß sie „guten Willens“ waren“, d. h. am 15. Dezember ihre Kriegsschulden an Amerika bezahlten. Mit den Ländern, die nicht gezahlt haben, will Amerika aber nicht verhandeln, es sei denn, sie machen sich ehrlich“. Zunächst ist, nach Annahme dieses amerikanischen Entgegenkommens, erst einmal festzustellen, daß die in Lausanne zustande gebrachte Schuldnerfront gegen Amerika“, die ja auch die Inkassierung der dortigen Vereinbarungen über die deutsche Restzahlung ausdrücklich von einer Regulierung der Kriegsschulden an Amerika abhängig machen wollte, praktisch-erweislich und tatsächlich in alle Winde zerfallen ist: Amerika verhandelt mit jedem einzelnen Schuldnerstaat. Viel, viel wichtiger aber ist doch, daß das ungeheure und wirtschaftlich geradezu unangehörliche Problem dieser Kriegsschulden überhaupt ins Rollen kommt. Denn mit diesen auf etwa 50 Milliarden Dollar zu belaufenden Kriegsschulden wurden ja keinerlei wirtschaftliche Werte geschaffen, aus denen diese „Kredite“ verzinst und getilgt werden konnten. Sondern was sie schufen, war nur Vernichtung, Zerstörung, Zertrümmerung. Und sie vernichteten sich selbst dabei; nichts blieb übrig als die Forderungen des Gläubigers an die Schuldner, die eben alle volkswirtschaftlich nicht in der Lage sind, für die ungeheuerliche Wirtschaftszerstörung des Krieges voll Ersatz zu erarbeiten. Da diese Forderungen aber bestehen, genügt ihr bloßes Dasein, um zu verhindern, daß das notleidende Weltkreditssystem sich erholt und sich selbst aus dem Kampf herauszieht, in dem es zu ersticken droht. Jetzt erst will die Vernunft den Münchhausen-Veruch wagen, — nicht ohne die Aussicht, daß er allmählich gelingen kann.

Vor die Aufgabe, sich am eigenen Kopf aus dem Kampf herauszuziehen, ist der Deutsche Reichstag schon vor einem Monat gestellt worden, er hat aber dazu nicht die Kraft gefunden und glaubte, diese Münchhausenaufgabe vertagen zu können. Schließlich aber blieb den Parteien nichts anderes übrig, als irgendwo und irgendwo einen etwas festeren Boden zu suchen. Auch die gegenwärtige Regierung Schleicher kann sich auf die Dauer nicht auf

Reichskanzler Schleicher zurückgetreten von Papen mit neuen Verhandlungen betraut.

Beschluß des Ältestenrates:

Am 31. Januar Regierungserklärung.

Der Ältestenrat des Reichstages beschloß in seiner neuen Sitzung seinen vor acht Tagen gefassten Entschluß, wonach die nächste Reichstagsitzung am Dienstag, den 31. Januar stattfinden soll. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Daneben sollen einige sozialpolitische Anträge erledigt werden, soweit das ohne Aussprache möglich ist.

Die Sitzung des Ältestenrats war von nur kurzer Dauer. Bei der Aussprache wurde ein anderer Termin als der 31. Januar nicht laut. Auf besonderes Befragen erklärte Staatssekretär Dr. Brand, daß die Reichsregierung keinerlei Erklärung abzugeben habe.

Der Reichstag wird sich nach Entgegennahme der Regierungserklärung von Dienstag auf Mittwoch vertagen, um dann in die Aussprache einzutreten.

Krisengerüchte um Schleicher.

Der Reichskanzler beim Reichspräsidenten.

Ob das vom Ältestenrat des Reichstages beschlossene Sitzungsprogramm wird durchgeführt werden können, hängt letzten Endes von den Entscheidungen des Reichspräsidenten ab, die für die nächsten Tage bevorstehen sollen. Am Sonnabend wird der Reichspräsident den Reichskanzler von Schleicher zur endgültigen Entscheidung über den für die Zukunft einzuschlagenden innenpolitischen Kurs empfangen. Bei diesem Empfang wird vor allem auch die Frage der Vollmachten eine Rolle spielen, die Herr von Schleicher vom Reichspräsidenten erbitten will. Es handelt sich hierbei einmal um die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages, sodann um die Erteilung weiterer Befugnisse zur Sicherung der Regierungsbearbeitung des Kabinetts Schleicher sowie gegen etwaige parteipolitische Störungen. Ob der Reichspräsident Herrn von Schleicher die gewünschten Vollmachten geben wird, steht noch nicht fest, jedenfalls ist die Stellungnahme des Reichspräsidenten zu den Wünschen des Reichskanzlers noch nicht in der Öffentlichkeit bekanntgeworden.

In gutunterrichteten politischen Kreisen hält man es für nicht ausgeschlossen, daß Hindenburg Herrn von Schleicher die von ihm geforderten Vollmachten nicht erteilen wird. Würde diese Stellung Hindenburgs zutreffen, so dürfte damit

das Ende der Regierung Schleicher

da sein, denn das Kabinett Schleicher würde daraufhin seinen Gesamttritt nehmen. Jedenfalls soll die Krise um Schleicher aus äußerer Zuspitzung sein.

Die Verhandlungen um die Bildung einer neuen Regierung ohne Schleicher als Kanzler werden zwischen den Parteien der Rechten fortgeführt. Aus Kreisen der Linken wurde die Nachricht verbreitet, daß die Kandidatur Papens wieder eine Rolle spielen soll; von den beteiligten Kreisen wurde diese Lesart als falsch bezeichnet.

Am Freitag hatte Dr. Eugenberg eine Besprechung mit dem Zentrumsführer Dr. Kaas, um die Stellungnahme des Zentrums zu sondieren. Wie die Antwort des Zentrums ausgefallen ist, ist nicht bekanntgeworden.

Alles in allem: der Kampf um die Führung der deutschen Politik ist wieder auf breiter Linie entbrannt, und die Entscheidung wird bald durch den Reichspräsidenten von Hindenburg gefällt werden.

unsicherem Grund bewegen, aus außenpolitischen wie binnenwirtschaftlichen Gründen will und muß sie Klarheit schaffen, ob sie noch weiter am Steuer des deutschen Staatsschiffes stehen kann. Die Entscheidung hierüber hat wie so oft in den letzten Jahren, nur der Kapitän dieses Schiffes, also der Reichspräsident, zu fällen. Daran ändern auch nicht der Beschluß des Ältestenaussschusses, daß im Reichstag eine offene Feldschlacht über das Für und Wider Schleicher stattfinden soll. Man ist sich darüber im klaren, daß in diesem Kampf letzten Endes doch der Reichspräsident die Entscheidung herbeiführt. Aber auch wenn der Reichskanzler von Schleicher zu der Sitzung des Reichstages am 31. Januar offen oder mit unzweideutiger Geste die „rote Wappe“ mit der Auflösungsorder mitbringt, und wenn er diese Wappe zu einer ihm gezeichnet erscheinenden Minne öffnet, um die Auflösungsorder dem Reichstag zu verlesen, bleibt noch die letzte Entscheidung offen, ob Geist oder Ungeist in der deutschen Politik den Sieg davontragen wird. Dr. Fr.

Scharfe Erklärung der NSDAP. gegen Schleicher.

Die Reichspressstelle der NSDAP. schreibt u. a.: Daß das Kabinett Schleicher auf Grund seiner „ungläublich negativen Leistungen“ selbst politisch und parlamentarisch völlig isoliert ist, weiß man. Dazu bedurfte es nicht erst der Feststellung, daß die nationalsozialistische Reichstagsfraktion Herrn von Schleicher nach erfolgter Aussprache im Reichstag

„Ihre Mißtrauen schwarz auf weiß bestätigen“ wird. Wie es aber um die machtpolitischen Trümmer und präsidentalen Vollmachten bestellt ist, mit denen dieses Kabinett bisher noch in der Öffentlichkeit den Nimbus einer starken Stellung aufrechtzuerhalten sucht, wird bald offenkundig werden. Die Entscheidung darüber, was nach dem parlamentarischen Sturz des jetzigen Kabinetts geschieht, liegt heute weniger denn je in der Hand des Herrn von Schleicher.

Da die NSDAP. noch niemals ihre verantwortliche Mitarbeit verweigert hat, wenn ihr die Stellung eingeräumt wird, die ihrer Stärke und Bedeutung zufließt, so wird sie sich auch in Zukunft einer solchen Lösung nicht verweigern, wenn die Voraussetzungen dafür vorhanden sind.

Sitzung des Reichskabinetts vor dem Besuch Schleichers bei Hindenburg.

Berlin. Das Reichskabinett tritt am Sonnabend vormittag um 12 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der der Reichskanzler seine Ministerkollegen über die Entwicklung der politischen Lage im Zusammenhange mit dem gestrigen Beschluß des Ältestenrates, es bei dem Zusammentritt des Reichstages am 31. Januar zu belassen, unterrichtet wird. Der Kanzler wird bei dieser Gelegenheit dem Kabinett die Gedankengänge entwickeln, die er dann unmittelbar im Anschluß an die Kabinettsitzung dem Reichspräsidenten von Hindenburg vortragen wird. Die Besprechung Hindenburg-Schleicher findet, wie gemeldet, um 12.15 Uhr statt. Es ist anzunehmen, daß der Reichskanzler den Reichspräsidenten um die Vollmacht für die Auflösung des Reichstages bitten wird.

Das Reichskabinett zurückgetreten

Berlin. Der Reichskanzler Schleicher hat im Laufe der Besprechung mit dem Reichspräsidenten diesem sein Rücktrittsgesuch überreicht. Der Reichspräsident hat es angenommen und ihn mit der vorläufigen Führung der Geschäfte beauftragt. Schleicher hatte vom Reichspräsidenten die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages verlangt. Der Reichspräsident glaubte nicht in der Lage zu sein, bei der augenblicklichen politischen Lage ihm diese Vollmacht geben zu können.

Im Anschluß an die Unterredung mit Schleicher empfing der Reichspräsident den ehemaligen Reichskanzler v. Papen und beauftragte ihn damit, Verhandlungen mit den Parteien zu führen, um festzustellen, ob eine Regierungsbildung auf parlamentarischer Grundlage möglich wäre.

Der Auftrag an Herrn von Papen

Berlin. Von zuständiger Stelle wird der Auftrag des Reichspräsidenten an Herrn v. Papen wie folgt wiedergegeben: Reichspräsident v. Hindenburg berief heute den Reichskanzler a. D. v. Papen und beauftragte ihn, in Verhandlungen mit den Parteien die politische Lage zu klären und die Verhandlungsmöglichkeiten festzustellen.

Wird Adolf Hitler Reichskanzler?

Ergänzend verlautet in unterrichteten Kreisen, daß Herr v. Papen möglicherweise schon bald dem Reichspräsidenten die Kanzlerschaft Adolf Hitlers vorschlagen werde. Adolf Hitler bleibt übrigens nunmehr in Berlin.